

Regierungsratsbeschluss

vom 25. November 2025

Nr. 2025/1966

KR.Nr. A 0163/2025 (DDI)

Auftrag David Häner (FDP.Die Liberalen, Breitenbach): Aufstockung der Kantonspolizei zur Stärkung von Präsenz und Sicherheit im Kanton Solothurn Stellungnahme des Regierungsrates

1. Auftragstext

Der Regierungsrat wird beauftragt:

1. Im Rahmen des laufenden Globalbudgets 2024-2026 sind zusätzlich zu bereits vorgesehener Erhöhung der Polizeistellen weitere 15 Vollzeitstellen für den uniformierten Streifendienst der Kantonspolizei einzuplanen. Diese zusätzlichen Stellen sollen nicht innerhalb der bestehenden Erhöhungen aufgefangen, sondern ausdrücklich ergänzend budgetiert werden.
2. Eine umfassende Lagebeurteilung vorzunehmen, um aufzuzeigen, welche personellen, strukturellen, organisatorischen und technologischen Massnahmen notwendig sind, damit die Kantonspolizei ihre Aufgaben langfristig wirkungsvoll, verlässlich und flächendeckend erfüllen kann. Dabei sind neben einem möglichen Ressourcenausbau insbesondere auch Effizienzpotenziale, Ausbildungsstrukturen, Einsatzkonzepte und regionale Besonderheiten zu analysieren sowie Massnahmen zur Effizienzsteigerung zu erarbeiten und darzulegen.

2. Begründung

Im Vorstosstext enthalten.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Zu Ziff. 1 des Auftrags

In unserer Antwort auf Frage 10 der Kleinen Anfrage David Häner (FDP.Die Liberalen, Breitenbach): Standortbestimmung der Kantonspolizei Solothurn: Personalressourcen, Einsatzfähigkeit und Ausbildung im kantonalen Vergleich (K 0110/2025; RRB Nr. 2025/1015 vom 17. Juni 2025, nachfolgend: Kleine Anfrage David Häner), Ziff. 3.8, haben wir aufgezeigt, wie lange es dauert, um eine Polizistin oder einen Polizisten auszubilden und eine Stelle neu zu besetzen (rund 2½ bis 2¾ Jahre). Faktisch können folglich die mit dem vorliegenden Auftrag für das laufende Globalbudget (2024-2026) geforderten Polizeistellen für den (uniformierten) Patrouillendienst nicht innert Frist besetzt werden, da diese Personen erst noch zu rekrutieren und auszubilden wären. Eine Verkürzung des Rekrutierungsprozesses ist nicht möglich, ebenso sind Eintritte aus anderen Korps in diesem Umfang nicht realistisch.

Unabhängig vom Rekrutierungsprozess ist festzuhalten, dass die finanziellen Mittel für 15 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten aktuell nicht vorhanden sind. Selbst wenn der vorliegende Auftrag erheblich erklärt würde, müsste im Nachgang beim Kantonsrat ein Zusatzkredit zum Globalbudget beantragt werden. Vermutlich wäre der parlamentarische Prozess zur Behandlung

dieses Geschäfts nicht viel früher abgeschlossen als die Behandlung des ordentlichen Verpflichtungskredits für die Globalbudgetperiode 2027-2029 der Polizei Kanton Solothurn.

Aus diesen Gründen ist es nicht möglich, dem in Ziff. 1 formulierten Auftrag innert Frist nachzukommen.

Gleichzeitig ist aber festzuhalten, dass der polizeiliche Leistungsumfang inzwischen ein Ausmass erreicht hat, welches eine angemessene Erhöhung der Personalressourcen unabdingbar macht. Dies auch, weil es die aktuelle Gesetzeslage nicht zulässt, bestimmten Aufgaben in geringerem Umfang oder nicht mehr nachzukommen. Deshalb teilen wir die Einschätzung der Auftraggebenden, dass es mehr Patrouillenpräsenz braucht und dass die dringend benötigten Personalressourcen für den Patrouillendienst zusätzlich zur allfällig zweckgebundenen Personalerhöhung für die neue Aufgabe der Bekämpfung der Strukturkriminalität aufgebaut werden sollen und nicht zu Lasten der Sicherheitsabteilung gehen dürfen. Wir sind bestrebt, dies zu beantragen und umzusetzen, wenn die dafür notwendigen Mittel vom Parlament gesprochen werden.

3.2 Zu Ziff. 2 des Auftrags

Die Polizei Kanton Solothurn erfüllt ihren Leistungsauftrag zur Gewährleistung der Sicherheit in Anwendung der Schweizerischen Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (StPO; SR 312.0) und dem Gesetz über die Kantonspolizei vom 23. September 1990 (KapoG; BGS 511.11). Diesen Hauptauftrag erfüllt die Polizei Kanton Solothurn aktuell aufgeschlüsselt in den Produktgruppen «Sicherheit und Ordnung», «Kriminalitätsbekämpfung» und «Strassenverkehr» gemäss dem Globalbudget «Polizei Kanton Solothurn» für die Jahre 2024 bis 2026 (KRB Nr. SGB 0211/2023 vom 13. Dezember 2023; RRB Nr. 2023/1581 vom 26. September 2023).

§ 1 Dienstreglement für die Kantonspolizei vom 21.05.1991 (BGS 511.12) lautet: «Das Polizeikorps wird nach polizei- und betriebswirtschaftlichen Grundsätzen organisiert». In allen Produktgruppen finden entsprechend laufend Analysen statt, welche die Grundlage für Effizienzbestrebungen und deren Umsetzung bilden. Jüngst konnten entsprechend in personeller Hinsicht Digitalisierungsprojekte umgesetzt werden, welche den Eintrittsprozess und Personensicherheitsprüfungen externer Dienstleister für die Polizei vereinfachen und beschleunigen. Organisatorisch wurden unter anderem die Schalteröffnungszeiten der Polizeiposten reduziert, was zu einer gewissen Effizienzsteigerung geführt hat. Versuchsweise wurde das Schichtmodell in der Alarmzentrale angepasst, um die Spitzenzeiten bei gleichem Personalbestand besser bewältigen zu können. Organisatorisch und strukturell wurde zudem aus mehreren Diensten per 1. Januar 2023 ein effizienter ICT-Dienst für alle Bereiche geschaffen. Ebenso wurde im Hinblick auf die Inbetriebnahme des Schwerverkehrskontrollzentrums im September 2024 in der Produktgruppe «Strassenverkehr» der Bereich Verkehrstechnik per 1. April 2024 reorganisiert. Als technologische Massnahme ist exemplarisch die KI-unterstützte Auswertung der radarerfassten Kontrollschilder zu erwähnen, die eine Reduktion der Bearbeitungszeit zur Folge hat. Die Polizei Kanton Solothurn ist laufend daran, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel optimierter einzusetzen. Neben den hier aufgeführten Bestrebungen wurden bereits in der Antwort auf Fragen 7 und 8 (Ziff. 3.5 und 3.6) der Kleinen Anfrage David Häner weitere Massnahmen zu Effizienzsteigerungen aufgezeigt, mit welchen die Polizei Kanton Solothurn den wachsenden Aufgaben und Herausforderungen begegnet. Dazu gehört beispielsweise auch das Projekt zur Optimierung der Zusammenarbeit von Kantonspolizei und Staatsanwaltschaft (RRB Nr. 2024/1102 vom 2. Juli 2024), das seit Januar 2025 umgesetzt wird. Stets werden interne Abläufe und Schnittstellen mit den Partnerorganisationen der Strafverfolgung auf mögliche Effizienzsteigerungen geprüft.

Die beispielhaft erwähnten Bestrebungen zeigen exemplarisch die stets wahrgenommene Verantwortung, den Leistungsauftrag der Polizei Kanton Solothurn effektiv und effizient umzusetzen. Allerdings haben wir in der Antwort auf die Kleine Anfrage David Häner auch aufgezeigt,

dass die Polizeikräfte aufgrund der geringen Polizeidichte in Verbindung mit der hohen Kriminalbelastung und des laufend zunehmenden administrativen Aufwands derart absorbiert sind, dass die Prävention- und Patrouillenkapazitäten grundsätzlich beschränkt sind.

Mit dem beschlossenen Strategiepapier zur intensivierten Bekämpfung von Menschenhandel, Geldwäscherei und Strukturkriminalität (RRB Nr. 2025/799 vom 20. Mai 2025) liegt bereits ein aktueller Lagebericht vor, der – wie im vorliegenden Auftrag gefordert – eine umfassende Lagebeurteilung beinhaltet. Mit der Aufnahme der Bekämpfung der Strukturkriminalität als übergeordneten Schwerpunkt in den Legislaturplan 2025-2029 und dem Auftrag an die zuständigen kantonalen Dienststellen, die sie betreffenden Optimierungsmassnahmen gemäss Strategiepapier vertieft zu prüfen und umzusetzen, resultiert die Pflicht einer departementsübergreifenden koordinierten Vorgehensweise hinsichtlich zu treffender Massnahmen. Für die Kantonspolizei bedeutet dies eine zusätzliche Aufgabe mit einem zweckgebundenen zusätzlichen Personalbedarf. Die in der Kleinen Anfrage David Häner aufgezeigte prekäre Personalsituation und der bereits ausgewiesene steigende Personalbedarf ist unabhängig sowie zusätzlich zu den obenerwähnten Massnahmen zur Bekämpfung der Strukturkriminalität zu decken.

Zusammenfassend erkennen wir keinen Bedarf einer zusätzlichen umfassenden Lage- und Strukturanalyse der Polizei Kanton Solothurn. Der Leistungsauftrag der Polizei leitet sich aus der Kernaufgabe des Staates ab, die Sicherheit zu gewährleisten. Die Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (StPO; SR 312.0) und das Gesetz über die Kantonspolizei vom 23. September 1990 (KapoG; BGS 511.11) konkretisieren die Aufgaben und Kompetenzen der Polizei (insbesondere die §§ 1-5 KapoG). Zudem ergeben sich für das Korps respektive die Polizeimitarbeitenden aufgrund der geltenden Anzeige- und Ermittlungspflichten (Legalitätsprinzip) sowie der stets komplexer werdenden Verfahrensregeln kaum mehr Handlungsspielräume.

Wir erachten es aus diesen Gründen als zielführender, einen Bericht zu erstellen, welcher im Hinblick auf die anstehende Globalbudgetvorlage 2027-2029 die mittelfristige Entwicklung der Polizei mit Blick auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen aufzeigt und gleichzeitig der Politik eine längerfristige Perspektive bis 2035 bietet. Insbesondere sollen mit Blick auf die gegenwärtige und zukünftige Sicherheitslage die entsprechenden Handlungsfelder verbunden mit den Ressourcenvoraussetzungen dargestellt werden. Eine ausführliche Begründung des Ist-/Soll-Zustandes unter Berücksichtigung der Herausforderungen und Bedürfnisse soll die Grundlage für die Definition der notwendigen Personalressourcen für einen weiteren Zeithorizont und damit über die nächste Globalbudgetperiode hinaus umfassen. Bei den Rekrutierungszahlen ist dabei auch der wahrscheinliche zusätzliche Ressourcenbedarf des Bundesamtes für Polizei (fedpol) aufgrund der voraussichtlichen Bestandserhöhung (vgl. u.a. Motion SIK-N «Strategische Aufstockung des Personalbestands des Fedpol. Nur so kann die nationale Sicherheit gewährleistet werden» 25.3941, angenommen im Nationalrat am 16. September 2025) zu berücksichtigen. Diesbezüglich ist pro memoria festzuhalten, dass der Bund aktuell keine Polizistinnen und Polizisten ausbildet, sondern diese nur rekrutiert.

Aus diesen Gründen beantragen wir Erheblicherklärung mit geänderten Wortlaut.

4. Antrag des Regierungsrates

Erheblicherklärung mit geändertem Wortlaut:

1. Der Regierungsrat wird beauftragt, einen Bericht zu erstellen, welcher die mittel- und langfristige Entwicklung der Polizei Kanton Solothurn mit Blick auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen aufzeigt. Dabei sind auch Abläufe auf das mögliche Potential für Effizienzsteigerungen zu überprüfen.
2. Im Rahmen der Globalbudget-Vorlage Polizei Kanton Solothurn 2027-2029 ist zu prüfen, ob neben der vorgesehenen Korpserhöhung gemäss IAFP (2026-2029) zusätzliche Polizistinnen und Polizisten für den Patrouillendienst einzuplanen sind.



Yves Derendinger
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Finanzkommission

Verteiler

Departement des Innern
Polizei Kanton Solothurn
Parlamentsdienste (elektronische Publikation an KR)